

STÜBINGGRABEN: Ein Tal wehrt sich gegen Lärm und Staub

Einige tausend Bewohner der Gemeinden Großstübing und Deutschfeistritz-Kleinstübing fürchten, dass nach der Landtagswahl der große Hammer auf sie niederfällt: die Vorbereitungen für die Errichtung eines großen Steinbruchs im Jodlgraben an der Westflanke des Mühlbacherkogels, eines beliebten Wandergebietes nördlich von Gratwein-Rein.

silva phOTO-art



Empörung herrschte vor einigen Monaten, als bekannt wurde, dass bald täglich dutzende schwere LKW durch das schmale Tal brausen sollen. Lärm und Staub wären Alltag für die Dörfer und Siedlungen, Unsicherheit entlang den Schulwegen. Im Gebiet nördlich von Graz mit seinen riesigen Steinbrüchen entstünde eine weitere Quelle für die Staubbelastung der Stadt.

Die Bewohner haben es nicht widerstandslos hingenommen. Eine Bürgerinitiative entstand, tausende Unterschriften wurden gesammelt, die Bürgermeister Stampler (Großstübing) und Platzer (Deutschfeistritz) intervenierten bei der Landesregierung. „Alle Parteien haben Hilfe zugesagt“, erzählt Stampler. Ob das auch nach der Landtagswahl der Fall sein wird, lässt er mit Achselzucken offen. Bisher gibt es keine offizielle Information durch Bezirkshauptmannschaft oder Landesregierung, ob überhaupt schon ein Genehmigungsverfahren läuft. Dabei handelt es sich um ein Landschaftsschutzgebiet (Bundesgesetz). Aber die Gemeinden sollen wohl vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Helfen!

Was an Schwerverkehr auf den Stübinggraben zukommen würde, lässt sich an einer schon vor Jahren von der BH genehmigten Deponie von Aushubmaterial auf dem Grundstück eines Nebenerwerbsbauern bei Großstübing ermessen: Bis 2009 läuft ein Bescheid, nach dem an manchen Tagen dutzende Schwerlaste über die Landesstraße rollen dürfen, die nicht für solche Belastungen gebaut wurde.

Die marktwirtschaftlichen Freiheiten und das neue Berggesetz lassen den Anrainern kaum eine Chance, es sei denn, sie nehmen die demokratische Willensbildung selbst in die Hand, sollte sich private Gewinnsucht – in diesem Falle der Besitzerin des Jodlgrabens und weiterer Waldgebiete – mit Macht durchsetzen wollen.

Eines ist sicher: Die BürgerInnen des Stübinggrabens werden viel Solidarität brauchen. Die sollte auch von den hunderttausenden Menschen im Raum Graz kommen, denn deren Belastung durch Verkehrslärm und Staub hat bereits die Grenzen des Erträglichen überschritten.

Rückersatz bei Soz abschaffen!

KPÖ-Kandidatin Karin Gruber schlägt

Die Grazer Sprengelsozialarbeiterin und Kandidatin der Liste KPÖ-Ernest Kaltenegger im Wahlkreis Graz, Karin Gruber, stellte auf einer Pressekonferenz in Graz Forderungen der KPÖ für den Sozialbereich vor:

1. Abschaffung des Rückersatzes im Bereich der Sozialhilfe!

Es ist derzeit so, dass Sozialhilfe rückersatzpflichtig ist. Das heißt, dass der Sozialhilfebezieher selbst, sobald er wieder eine Arbeit und damit ein Einkommen hat, die zuvor bezogene Sozialhilfe in Raten wieder zurückzahlen muss. Es ist für Menschen, die

sich vorübergehend in finanzieller Not befunden haben, demotivierend, wenn sie – sobald sie wieder Arbeit gefunden haben – vom Sozialamt eine Aufforderung zum Rückersatz bekommen.

Der Rückersatz bezieht sich aber nicht nur auf die Sozialhilfebezieher selbst, sondern auch auf deren Angehörige: Eltern sind für ihre Kinder und Kinder für ihre Eltern rückersatzpflichtig.

silva phOTO-art



Die Rückersatzpflicht bei der Sozialhilfe soll abgeschafft werden!